- **Es gilt das gesprochene Wort -**

Pressetext

Die Bundestagswahl 2025 liegt noch nicht einmal zehn Tage zurück, und es überschlagen sich die politischen Ereignisse auf der Welt und in Europa. Schneller als wir noch vor einer Woche ahnen konnten, haben sich die Rahmenbedingungen, unter denen wir zu politischen Entscheidungen in Deutschland kommen müssen, noch einmal verändert.

Unter diesen Vorzeichen haben in der letzten Woche die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD begonnen. Am Donnerstag der letzten Woche haben wir die Gespräche aufgenommen. Am Freitag hat es in einer größeren Runde von jeweils neun Vertretern der CDU, CSU und der SPD die ersten ausführlichen Beratungen miteinander gegeben. Wir haben die Gespräche in dieser Woche fortgesetzt und sind am heutigen Tag zu folgenden ersten Ergebnissen gekommen:

1. Angesichts der weiter zunehmenden Bedrohungslage sind wir uns darüber im Klaren, dass Europa und mit Europa die Bundesrepublik Deutschland jetzt sehr schnell sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des europäischen Kontinents zu stärken. Wir setzen darauf, dass die Vereinigten Staaten von Amerika auch in Zukunft zu unseren gegenseitigen

Bündnisverpflichtungen stehen. Wir wissen aber auch, dass wir unsere Mittel zur Landes- und Bündnisverteidigung erheblich ausweiten müssen. Die dazu notwenigen Entscheidungen vor allem im Hinblick auf den Bundeshaushalt dulden spätestens nach den jüngsten Entscheidungen der amerikanischen Regierung keinen Aufschub mehr.

Wir werden deshalb als Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD in der nächsten Woche einen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen, der das Grundgesetz dahingehend ändert, dass die notwendigen Verteidigungsausgaben aus dem Bundeshaushalt der Bundesrepublik Deutschland, die oberhalb eines Betrages liegen, der 1 Prozent unseres BIP entspricht, von den Beschränkungen der Schuldenbremse freistellt.

Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: Whatever it takes.

2. Die zusätzlichen Ausgaben für die Verteidigung sind nur zu verkraften, wenn unsere Volkswirtschaft binnen kürzester Zeit wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkehrt. Dazu braucht es neben einer durchgreifenden Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für unsere Wirtschaft schnell und nachhaltig Investitionen in unsere Infrastruktur. Die notwendigen Mittel dazu können nicht allein aus den laufenden Haushalten des Bundes, der Länder und der

Gemeinden finanziert werden. Deshalb wollen wir ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre errichten, aus dem diese notwendigen Investitionen erbracht werden. Wir gehen davon aus, dass wir mit diesem Sondervermögen auch private Investitionen in großem Umfang auslösen. Dieses Sondervermögen soll ebenfalls von den beiden Fraktionen von CDU/CSU und SPD in der nächsten Woche im Wege eines Vorschlages zur Änderung des Grundgesetzes auf den Weg gebracht werden.

3. Wir wollen auch den Ländern die Möglichkeit einräumen, in ihren Haushalten den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 Prozent im Verhältnis zum nominalen BIP nicht überschreiten. Dazu ist eine Konkretisierung des Grundgesetzes in Artikel 115 erforderlich, die wir als Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD ebenfalls in der nächsten Woche in den Deutschen Bundestag einbringen werden.

4. Alle diese Entscheidungen stehen nach unserer Auffassung in einem engen und unauflösbaren Zusammenhang mit den aktuellen außenpolitischen und europäischen Entwicklungen. Wir sind uns als Bundestagsfraktionen darüber im Klaren, dass weitergehende Entscheidungen im Hinblick auf den Haushaltsausgleich ebenso notwendig sind wie weitere Entscheidungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, zur Änderung des so genannten „Bürgergeldes“, zur Verbesserung der inneren

Sicherheit und nicht zuletzt zur deutlichen Begrenzung der nach wie vor viel zu hohen irregulären Migration. Dazu werden wir parallel zu den genannten drei Gesetzgebungsinitiativen die Sondierungsgespräche am Donnerstag und Freitag fortsetzen und versuchen, sie zeitnah abzuschließen.

Wir sind uns der Dimension der vor uns liegenden Aufgaben bewusst und wollen dazu die ersten notwendigen Entscheidungen treffen. Wir wissen, dass dies erst der Anfang einer längeren Wegstrecke sein kann.

Berlin, den 4. März 2025